# Pressespiegel

Ausgabe: 05.11.2020

Niederrhein DGB


## Novelle des Baugesetzbuchs verbessern

(Foto: Jonas Denil / Unsplash)

Die heute vom Bundeskabinett beschlossene Novelle des Baugesetzbuches begrüßen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU) grundsätzlich, fordern aber Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren.

DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell sagte am Mittwoch in Berlin:

"Die bislang geplanten Änderungen erweitern zwar die bau- und planungsrechtlichen Möglichkeiten der Kommunen. Sie reichen aber nicht aus, um die Spirale der weiter steigenden Bodenpreise zu durchbrechen.

Eine gute Nachricht für Mieter und Mieterinnen ist sicherlich, dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in angespannten Wohnungsmärkten künftig erschwert werden soll. Hier hat der Druck von Mieterverbänden, Gewerkschaften und der SPD gewirkt. Es darf aber nicht sein, dass die Länder hier für die Umsetzung verantwortlich sind. NRW und Baden-Württemberg haben bereits deutlich gemacht, dass sie an der Umwandlungsbremse kein Interesse haben. In diesen Ländern würden die betroffenen Mieter im Stich gelassen.

Des Weiteren ist vorgesehen, es den Kommunen zu erleichtern, Baugebote auszusprechen, um gegen die Spekulation mit unbebauten Grundstücken vorzugehen. Hier sieht der jetzige Entwurf Ausnahmen vor, die im weiteren parlamentarischen Verfahren stark eingeschränkt und präziser formuliert werden müssen."

Robert Feiger, Vorsitzender der IG BAU, betonte:

"In Deutschland fehlen 6,3 Millionen Sozialwohnungen. Durch das Gesetz wird es den Kommunen erlaubt, beim Schließen von Baulücken Vorgaben für einen bestimmten Anteil an Sozialwohnungsneubau zu machen. Dies darf im parlamentarischen Verfahren nicht verwässert werden. Auch das erleichterte Vorkaufsrecht für brachliegende Grundstücke ist ein wichtiges Instrument gegen Bodenspekulation und für bezahlbaren Wohnungsbau.

Aufgrund der Bodenpreissteigerungen brauchen die Kommunen jedoch ein wirksames preis limitiertes Vorkaufsrecht, damit sie Bauland zu Preisen unterhalb des Marktwertes erwerben und für den sozialen Wohnungsbau nutzen können. Unverständlich bleibt, dass weitere vier Jahre erlaubt sein soll, ohne Umweltverträglichkeitsprüfung 'auf der grünen Wiese' zu bauen. Damit wird die beschleunigte Versiegelung von Landwirtschafts- und Forstflächen in Kauf genommen. Ein nachhaltiger, klimaschonender Umgang mit dem knappen Gut Boden sieht anders aus."

# Pressespiegel

**Ausgabe: 05.11.2020**

Niederrhein DGB

Hintergrund:

Zwischen 2015 und 2019 sind die Preise für baureifes Land bundesweit um 32 Prozent gestiegen. In Städten wie Wolfsburg, Münster, Berlin, Potsdam Dortmund, Frankfurt, Mainz, Dresden, Leipzig, Weimar und dem Münchner Umland haben sich die Preise innerhalb von vier Jahren mehr als verdoppelt, wie aus den Zahlen der Landesämter für Statistik hervorgeht.

2019 gab es einen Überhang von insgesamt 740 400 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen. Viele Grundstücke, vor allem in guten Lagen, werden nicht bebaut, da die Gewinnmargen bei Weiterverkauf unbebauter Grundstücke größer sind als ihre Verwertung durch Bebauung.

Lokalkompass.de

## Corona vergrößert Einkommenslücke

**Am Niederrhein.** Beschäftigten, die nicht nach Tarif bezahlt werden, entgehen je nach Beruf und Betrieb monatlich mehrere hundert Euro. Darauf weist die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin. Laut dem Statistischen Bundesamt verdienen Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen, die in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten, im Schnitt 19,89 Euro pro Stunde. In Betrieben ohne Tarifvertrag sind es lediglich 14,50 Euro. Die Corona-Krise vergrößert das Problem, beklagt Hans-Jürgen Hufer, Geschäftsführer NGG-Region Nordrhein, denn „wo ein Tarifvertrag gilt, stocken Firmen häufiger das staatliche Kurzarbeitergeld auf."

NRZ Kleve

# Pressespiegel

**Ausgabe: 05.11.2020**

Niederrhein DGB

## Mindestlohn für Gebäudereiniger steigt in Stufen

### Tarifparteien einigen sich auf neuen Vertrag

**Frankfurt/Main.** Im Tarifstreit in der Gebäudereinigung haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaft in der Nacht zum Mittwoch geeinigt. Für die rund 700.000 Gebäudereiniger in Deutschland gebe es in den kommenden Jahren mehr Geld, so die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die Arbeitgeber. Der Mindestlohn in der Branche soll in drei Stufen um elf Prozent steigen. Bis 2023 erhöht sich der Einstiegsverdienst auf zwölf Euro. Aktuell liegt er bei 10,80 Euro, nächstes Jahr werden mindestens 11,11 Euro pro Stunde gezahlt.

Drei Viertel aller Beschäftigten arbeiten laut Gewerkschaft zum Branchenmindestlohn. Für sie bedeute die Einigung ein „kräftiges Plus“ und einen „großen Schritt heraus aus dem Niedriglohnsektor“, sagte Verhandlungsführerin Ulrike Laux. In der Corona-Krise seien die Beschäftigten einer erhöhten Ansteckungsgefahr ausgesetzt. Einen generellen Einstieg ins Weihnachtsgeld gab es nicht.

Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) betonte die lange Laufzeit als Erfolg. Für die Unternehmen gehe der Abschluss an den Rand des Machbaren, erklärte Verhandlungsführer Christian Kloevekorn. „Unterm Strich jedoch steht ein Tarifvertrag der Vernunft.“ *dpa*

WAZ Mantel

*Die gute Nachricht*

## Gebäudereiniger erhalten mehr Lohn

Im Tarifstreit in der Gebäudereinigung haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaft IG Bau in der Nacht zum Mittwoch geeinigt. Für die rund 700 000 Gebäudereiniger in Deutschland gibt es demnach in den kommenden Jahren mehr Geld. Der Mindestlohn in der Branche soll in drei Stufen um elf Prozent steigen. Bis 2023 steigt der Einstiegsverdienst dann auf zwölf Euro. Aktuell liegt er bei 10,80 Euro. *dpa*

NRZ Mantel

# Pressespiegel

Ausgabe: 05.11.2020

Niederrhein DGB


# Einigung im Tarifkonflikt: 700 000 Reinigungskräfte bekommen mehr Geld

Ulrike Laux, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU
Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Tarifstreit im Gebäudereiniger-Handwerk beigelegt: Die rund 700 000 Reinigungskräfte in Deutschland bekommen deutlich mehr Geld. In drei Stufen steigt der Mindestlohn in der Branche um insgesamt elf Prozent. Zum Januar erhöht sich der Einstiegsverdienst von derzeit 10,80 Euro auf 11,11 Euro pro Stunde.

Ab 2022 steigt die Lohnuntergrenze auf 11,55 Euro, 2023 auf zwölf Euro. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) nach dem Ende der vierten Tarifverhandlung für die Branche in der Nacht zum Mittwoch mit. "Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie sehr es auf Sauberkeit und Hygiene in Krankenhäusern, Schulen und Büros ankommt. Für ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen erhalten die Beschäftigten nun eine faire Anerkennung", sagt IG BAU-Verhandlungsführerin Ulrike Laux.

Nach Angaben der Gewerkschaft arbeiten drei Viertel aller Beschäftigten zum Branchenmindestlohn. Für sie bedeute die Einigung ein "kräftiges Plus" und einen "großen Schritt heraus aus dem Niedriglohnsektor", so Laux. Die IG BAU habe sich mit der Forderung nach einem Mindestverdienst von zwölf Euro pro Stunde durchgesetzt, wenngleich dieser erst in zwei Jahren greife. Der Tarifvorschlag zwischen der Gewerkschaft und dem Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) sieht außerdem deutliche Lohnsteigerungen für gelernte Kräfte vor. So kommen Beschäftigte in der OP-Reinigung auf ein Plus von insgesamt 8,7 Prozent. Glas- und Fassadenreiniger erhalten insgesamt 7,6 Prozent mehr und verdienen nach der dritten Tariferhöhung 15,20 Euro pro Stunde.

Hauptstreitpunkt in den Tarifverhandlungen war die unterschiedliche Bewertung der Folgen der Corona-Krise für die Branche. Nach Informationen der IG BAU hat sich die Arbeitsbelastung von Reinigungskräften im Zuge der Pandemie erhöht. In vielen Firmen sei die Arbeitszeit heraufgesetzt worden, um zusätzliche Aufgaben wie die Desinfektionsreinigung zu bewältigen. Kurzarbeit spiele nur vereinzelt, etwa in der Flughafenreinigung, eine Rolle.

"Bei jetzt wieder rasant steigenden Infektionszahlen setzen sich Reinigungskräfte einer erhöhten Ansteckungsgefahr aus. Für ihre meist unsichtbare Arbeit erfahren sie nun endlich mehr Wertschätzung", unterstreicht Laux. Die Arbeitgeber*innen argumentierten mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage der Branche. Nach Einschätzung der IG BAU dürften sich die Umsätze in diesem Jahr trotz Corona auf dem hohen Niveau der Vorjahre bewegen.

# Pressespiegel

**Ausgabe: 05.11.2020**

Niederrhein DGB

Enttäuscht zeigte sich die Gewerkschaft über die fehlende Verhandlungsbereitschaft beim Thema Weihnachtsgeld. "Reinigungskräfte verstehen nicht, warum sie leer ausgehen sollen, während die Sonderzahlung am Jahresende in den meisten Branchen selbstverständlich ist", sagt Laux. Immerhin werde eine Vereinbarung aus dem Rahmentarifvertrag fortgesetzt, nach der Gewerkschaftsmitglieder in Innungsbetrieben in den kommenden drei Jahren einen Weihnachtsbonus erhalten.

Die Gebäudereinigung gilt als eine der größten Handwerkssparten in Deutschland. Im vergangenen Jahr setzte die Branche 19,6 Milliarden Euro um. Die tariflichen Mindestlöhne – die unterste Lohngruppe sowie die Glas- und Fassadenreinigung – werden in der Regel vom Bundesarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt. Damit haben alle Beschäftigten in Reinigungsfirmen Anspruch auf die Lohnuntergrenzen.

Lokalkompass.de

## Spitzengespräch zur Stahlkrise geplant

„Stahlgipfel“ in Duisburg wird verschoben, stattdessen tagen Altmaier und Laschet virtuell

*Von Ulf Meinke*

**Duisburg/Düsseldorf.** Der für Dezember geplante „Nationale Stahlgipfel“ in Duisburg wird auf Anfang 2021 verlegt. Das mit bis zu 200 Teilnehmern geplante Treffen hätte mit Rücksicht auf das Infektionsgeschehen in der Corona-Pandemie nicht – wie von Stahlindustrie und Gewerkschaften beabsichtigt – öffentlichkeitswirksam stattfinden können, erklärte das NRW-Wirtschaftsministerium gegenüber unserer Redaktion. Stattdessen soll es zunächst ein überwiegend virtuelles Spitzengespräch zur Stahlkrise geben. Als Teilnehmer werden Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (beide CDU) sowie Manager der wichtigsten deutschen Stahlkonzerne erwartet. Auch Vertreter der Bundesländer mit Stahlwerken, der IG Metall und des Branchenverbands sollen bei dem „High Level Forum“ teilnehmen.

„Die Landesregierung setzt sich mit Nachdruck für den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen ein“, sagte NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) angesichts der Entscheidung. Er verwies auf „massive Herausforderungen“ durch weltweite Überkapazitäten, die Pandemie und den angestrebten Umbau der Industrie hin zur Produktion von grünem Stahl. Unlängst hatten Beschäftigte von Thyssenkrupp für einen Staatseinstieg demonstriert.

WAZ Mantel

## Metalltarifstreit auch in Südbaden beigelegt

NRZ-Nachrichtendienst

**Freiburg.** Als vorletzten Tarifbereich in der Metallindustrie hat auch der Bezirk Südbaden den Tarifstreit beigelegt. Die Tarifpartner einigten sich bei einer Schlichtung auf eine effektive Erhöhung des Ecklohnes um 13 Prozent auf 4,85 Mark.

NRZ Mantel 05.11.1970